

Leipzig. Die Zeitung
erscheint täglich.
Zu beziehen durch alle
Postämter des In- und
Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Preis für das Viertel-
jahr 2 Thlr. —
Insertionsgebühr für
den Raum einer Zeile
2 Ngr.

Uebersicht.

Deutschland. **Frankfurt a. M. Nationalversammlung, die österreichische Frage. — Das Sager'sche Programm. Olbernhau. Unglücksfall. *Hannover. Die Wahlen. Stuttgart. II. Kammer. Die Grundrechte. Die Kammer der Standesherren. — Das Jagdgesetz. *Mannheim. Militärische Vorsichtsmaßregeln. Bürgermeisterwahl. Die Großherzogin Stephanie von Baden. — Adresse für Gottes Gnaden. Kassel. Pressproceß. Darmstadt. II. Kammer, die Geschäftsordnung. — Gesetz. *Aus dem Großherzogthum Weimar. Die Wahlen. Z. Gotha. Die Innungen. Die Abgeordnetenversammlung. Koburg. Die Oberhauptfrage. — Der Bedarf für die herzogliche Haus- und Hofhaltung. Δ Altenburg. Der Anschluß an das Königreich Sachsen. — Die Unteroffiziere in Braunschweig. Schwerin. Die Abgeordneten, die Oberhauptfrage. Oldenburg. Die Adresse an den Großherzog. Sigmaringen. Die Großherzogin Stephanie von Baden. Der Fürst. — Erste öffentliche Gerichtsverhandlung in Frankfurt a. M. — Die Verfassungsberatung in Bremen. *Lübeck. Die Wahlhandlungen. Senatorwahl. Adresse.

Preußen. ▽ Berlin. Die Wahlintrigen. z Berlin. Die Stadtverordneten. — Die Conduitenlisten in Betreff der Lehrer. — Ein Vorfall aus den Tagen der Nationalversammlung. — Justizrath Schröder in Berlin. — Freiwillige Meldungen zum Militär. — Die Schugmänner. — Conduitenliste. — Hr. Lemme. — Assessor Lulf in Stralsund. — Nachricht aus Ruffisch-Polen.

Oesterreich. Wien. Die Vorgänge in Kremier. Deputirtenwahl für Frankfurt. Pesth. Kossuth. Komorn. Die Szekler. Dr. Satter. Wien. Das Verbot der Ost-Deutschen Post. — Die Ruhegehalte. Triest. Neapolitanische Bevollmächtigte. — Die lombardischen Freischaren.

Handel und Industrie.

† Leipzig, 15. Jan. Die Nachrichten aus den verschiedensten deutschen Ländern liefern fortwährend den Beweis, daß die Angelegenheiten wegen der Einheit und die Fragen von der Organisation der Gewalt an der Spitze des deutschen Gesamt- oder Vereinsstaats überall die Gemüther lebhaft beschäftigen. Aus Frankfurt a. M. ist die Abstimmung der Reichsversammlung über die Anträge des österreichischen Ausschusses noch nicht eingegangen. In der Berathung tritt charakteristisch für die ganze Frage hervor, daß der Abg. v. Vinde für das ministerielle Programm und gegen die Ausschufsanträge sich ausspricht und dennoch Preußen wegen unterlassener Unterordnung unter die Centralgewalt dadurch rechtfertigen will, daß er behauptet, bevor die gegenseitige Verfassung von Deutschland und Preußen festgestellt sei, könne von Widerspänstigkeit nicht die Rede sein, womit er aber nur den österreichischen Standpunkt für Preußen beansprucht. Die öffentliche Rechtspflege ist nun in Frankfurt a. M. durch die erste öffentliche Gerichtsitzung ins Leben getreten. In mehreren deutschen Ländern, z. B. in Hannover, Weimar, Lübeck sind die begonnenen oder anstehenden Wahlen für die Landesrepräsentation Gegenstand der vornehmsten Aufmerksamkeit. Ganz vorzüglich gilt das auch von Preußen, und alle preussischen Zeitungen liefern den Beweis, daß ein eifriger Wahlkampf bevorsteht. Einer unserer berliner Correspondenten erwähnt bereits eines Plans, die revidirte Verfassung vom 5. Dec. v. J. zugleich mit der Adresse an den König vorzulegen. Aus der Zeit der aufgelösten Nationalversammlung tauchen noch immer abenteuerliche Historien auf, wie die heute mitgetheilte von angedrohter Lynchjustiz gegen eine polizeiliche Civilordonanz. Zum freiwilligen Militärdienste soll viel Andrang in Preußen sein, was bei den vielfach zerrütteten Gewerbsverhältnissen nicht zu verwundern wäre. Aus Oldenburg werden Adressen bekannt, welche in der Domainen- und Civillistenangelegenheit den Landtag aufrecht halten. Was aus Württemberg heute über die Art der Bekanntmachung der deutschen Grundrechte dort gemeldet wird, macht die Bedeutung dieser Bekanntmachung sehr zweifelhaft. Im Herzogthum Gotha ist dieselbe nun auch erfolgt, und aus Thüringen sowie aus Braunschweig wird berichtet, daß man ihr in Kraft treten öffentlich zu feiern beabsichtigt. In Darmstadt ist die II. Kammer bei Berathung der Geschäftsordnung. Der Beschluß, Diäten den Abgeordneten nur auf Begehren zu zahlen, erscheint sehr mißlich. Den Frauen hat die Kammer ihre denselben bisher versperrten Galerien aufgethan. In Kremier hat der österreichische Reichstag den §. 1 der österreichischen Grundrechte nach einer merkwürdigen Sitzung und ohne daß es über den Inhalt desselben zur

Abstimmung kam, für einen spätern Zeitpunkt der Verfassungsberatung zurückgestellt. Man ist sehr geneigt, den Hergang als eine moralische Schlappe des Ministeriums, wenigstens für den Minister des Innern, zu betrachten. Die Unterdrückung der Ost-Deutschen Post in Wien wird leider amtlich bestätigt. Der Artikel, welcher dazu Anlaß geworden, behandelt die Frage um den oben erwähnten §. 1 der Grundrechte. Was der wiener Belagerungszustand zulässig anerkennt, möchte schwer zu bestimmen sein; die Frage von der Zustimmung bei Seite gelassen, enthält jener Artikel für eine freie Presse Unzulässiges nicht. Als Widerlegung aller jener Nachrichten von der Ankunft und den Absichten der verwitweten Großherzogin Stephanie von Baden in Paris wird heute deren Ankunft in Mannheim gemeldet. Aus London fehlen heute die Zeitungen von zwei Tagen; auch in Brüssel gingen am 12. Jan. früh die Nachrichten aus England nur bis 10. Jan. Abends. Aus Paris ist ebenfalls noch eine Post rückständig. Die Regierung der französischen Republik erscheint in ihrer Zusammensetzung noch immer wenig consolidirt. Aus Turin wird von der Neigung Savoyens, sich an Frankreich anzuschließen, geschrieben. Der Papst befindet sich noch in Gaeta und hatte den Besuch des neapolitanischen Hofes empfangen, welcher nach einer Zeitungsnachricht aus Triest um die Verladung von 4000 M. neuer Schweizertruppen auf triester Dampfschiffen nach Neapel unterhandeln läßt.

Deutschland.

** Frankfurt a. M., 13. Jan. In der heutigen Sitzung der deutschen Nationalversammlung spricht zuerst Abg. Bessler sich dahin aus, daß die vorliegende Frage eine Frage der Einheit sei, die allerdings erhebend und belebend wirken müsse, allein doch nur zunächst in der Art und Weise, daß man Das zu erreichen strebe, was möglich sei. Das Mandat für diese Versammlung laute allerdings dahin, eine Verfassung im Sinne der Einheit zu schaffen, jedoch könne dies nur in den Grenzen geschehen, die dem Gesamtleben zuzagen. Man solle daher Dasjenige betrachten, was geleistet worden, und würde finden, daß eine Gesamtregierung geschaffen, welche das deutsche Volk in die Reihe der Völkernfamilien eingeführt habe, die das europäische Völkerconcert bilden. Demgemäß könne man aber die §§. 2 und 3, die vom Reiche handeln, nicht wieder herausnehmen, ohne den Bundesstaat zu zerreißen. Hieraus entspringe jedoch die Frage, in welcher Weise Oesterreich dem Bundesstaate sich anschließen solle, denn als ein selbständiges Oesterreich neben einem einigen Deutschland sei dies nicht möglich. Er glaube jedoch, daß auf Grund der alten Bundesacte unter der Garantie der deutschen Freiheit, der deutschen Wissenschaft und der Gemeinschaft der materiellen Interessen eine Verbindung möglich sei, die allerdings noch immer eine Trennung in sich enthalte, die aber dennoch zu einer spätern Einheit führen müsse. Gegen ein politisches Ungethüm, wie die Vereinbarung sei, daß ein selbständiges Oesterreich neben einem besondern Deutschland bestehe, müsse er sich entschieden erklären, da hieraus nie etwas Gutes hervorgehen könne. Zu einem Entschlusse müsse man jedoch gelangen, um das Schiff zu retten. Man möge nur Hand ans Werk legen, und werde durchdringen, selbst wenn die Welt voll Feuer wäre. Es ist die erste Stunde, schließt der Redner, und die Feinde sind ringsum. Zur That, welche die deutschen Fürsten und Völker von uns erwarten, zur unerlässlichen That, damit die Einheit gewonnen werde!

Abg. Bogt: Er wolle die Verfassungsfrage nicht weiter beleuchten, denn die §§. 2 und 3 des Entwurfs vom Reiche müssen erhalten werden; allein es haben sich andere Schwierigkeiten erhoben, welche vorzüglich in der Bildung des Reichsoberhauptes bestehen, jenes politischen Ungeheuers, wie der Vorredner sich ausgedrückt, und das nun ins Leben treten müsse, welches nichts Anderes sein könne als ein erblicher deutscher Kaiser. Um diesen jedoch schaffen zu können, würde man diejenigen Elemente entfernen müssen, welche dem Werk entgegenstehen, und so am Ende zu dem Programm gelangen, welches der Ministerpräsident zuerst vorgelegt habe. Obgleich dieser von denselben Prämissen nicht ausgegangen, so sei er doch zu denselben Consequenzen gelangt, und wenn gleich gesagt werde, man wolle keine Hegemonie Preußens, so stecke dennoch der Hegemon in dem Kaiser. Wenn der Vor-